

Zur Sache

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **30 (1973)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur sache

Eine Kontroverse, die in den letzten Wochen immer grössere Kreise gezogen und schliesslich mit dem Abschied des zuständigen hessischen Umweltministers Werner Best einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, war zweifellos diejenige um den hessischen Giftmüllskandal.

Gewiss eine traurige Tatsache, dass auch heute noch sozusagen unbeobachtet und unkontrolliert auf Mülldeponien tonnenweise giftige Abfälle abgelagert werden können, eine traurige Tatsache auch, dass, auch wenn die Gesetze, die solches Treiben eigentlich unterbinden sollten, vorhanden sind, schlicht und einfach die Leute fehlen, die diesen Gesetzen letztlich zum Durchbruch verhelfen, indem sie diese auch überwachen. Oder aber, um es negativ zu sagen: dass man behauptet, sie zu überwachen, in Wirklichkeit aber nichts tut. Denn man kann hier wohl einen Schuldigen suchen, und in diesem Falle ist der Angeklagte, Siegfried Plaumann, bei den zuständigen Behörden schon längst kein Unbekannter mehr, man kann die verantwortlichen Leute dann auch verurteilen, doch damit ist das Problem noch lange nicht gelöst. Im Gegenteil! Hier beginnt es eigentlich erst: Wieder einmal hat man einen «erwischt», rein zufällig vielleicht, der die Gesetze übertreten hat, aber es nützt eben recht wenig, da und dort jemanden zu bestrafen, solange man ganz genau weiss, wie wenig Kontrolle man in Wirklichkeit über solche täglichen Vorkommnisse überhaupt hat.

Wo es einzugreifen gilt, ist vielmehr schon da, wo auch nur die Möglichkeit einer Uebertretung gegeben ist, und hier gilt, so scheint uns, dasselbe wie bei jedem Vergehen: Gesetze sind da, um eingehalten zu werden, und somit ist Umweltschutz letztlich mindestens zu einem Stück und dort, wo die Umweltverschmutzung katastrophale Formen annehmen könnte (wie im vorliegenden Fall), letztlich auch eine polizeiliche, eine Ueberwachungsaufgabe.

Der zurückgetretene Umweltminister Best blieb bei diesem Vorfall von Vorwürfen nicht verschont. Es ist nicht unsere Sache, hier abzuklären, inwieweit er an diesem Skandal mitschuldig geworden ist. Aber was es nun mit aller Dringlichkeit abzuklären gilt, ist, wo weitere solche Ablagerungen stattgefunden haben, wo sie überhaupt möglich oder auch bloss wahrscheinlich sind. Das wird gewiss eine grosse Aufgabe sein, die sich

nicht von heute auf morgen lösen lässt. Aber es ist eine vordringliche Aufgabe.

*

Man hat in der Folge dieses Skandals auch vieles zu hören und zu lesen bekommen, was der Tatsachen entbehrt, was einer unsachlichen Kommentierung oder Schreibe entstammt, die einmal mehr gezeigt hat, wie weit Umweltschutz vielfach einer «Umwelthysterie» gleichgesetzt wird. So ist es beispielsweise falsch, zu behaupten, der anfallende Giftmüll wäre nicht vernichtbar gewesen. Dem widersprechen die heutigen Möglichkeiten der Umwelttechnik, die für die Lösung solcher Probleme schon seit einiger Zeit geeignete Verfahren anbietet. Technisch, das wurde in diesbezüglichen Diskussionen mit der Industrie immer wieder festgehalten, ist heute sozusagen jedes Umweltproblem lösbar. Es stellt sich «lediglich» noch die Frage der Wirtschaftlichkeit. Dass hier echte Probleme auftreten können, ist klar. Denn ein Verfahren, das immense Summen verschlingt und letztlich nur mit Kosten in der Wirtschaftlichkeitsrechnung Eingang findet, ist vielfach so lange uninteressant, als die Massnahmen nicht auf gesetzlichem Wege vorgeschrieben werden und die Vollziehung der angeordneten Massnahmen nicht überwacht wird.

Man versucht es heute ja auf den verschiedensten Wegen. Es sei hier das Recycling genannt, das immerhin eine gewisse Wirtschaftlichkeit garantiert, indem es eben wiederverwendbare Stoffe für den Arbeitsprozess reaktiviert, oder ein möglicher Zusammenschluss von Firmen für den Verwertungssektor angetönt, der die Vernichtung der anfallenden Abfälle wirtschaftlich eher tragbar macht.

*

So zieht der hessische Giftmüllskandal viel weitere Kreise, als man gemeinhin vielleicht hätte annehmen können: Nicht nur die zuständigen hessischen Stellen sowie der verantwortliche Umweltverschmutzer sind ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, sondern man beginnt auch andernorts nach ähnlichen Vorkommnissen oder möglichen Verunreinigungen zu forschen. Und so, wenn man optimistisch sein will, könnte der ganze Skandal letztlich dennoch seine «guten» Seiten haben: Indem man die Ueberwachung der Gesetze einführt (oder verschärft), indem man das Menschenmögliche tut, um ähnliche Verschmutzungen von vornherein unmöglich zu machen, auch durch «menschliches Versagen», wie auch immer man das letztlich auslegen will . . .